



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886890

SPD/XIII/31 - 6. Februar 1958

Sie veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Innerdeutscher Streit um die Gipfelkonferenz Scheingefächte um die Tagesordnung	57
2 - 2a	Eisenhower und der Rapacki-Plan Keine strikte Ablehnung - Soll Bonn den Schwarzen Peter ziehen ?	50
3 - 4	Die arabische Welt steht auf Historische Fehler des Westens	62
	Nordrhein-Westfalen - größtes Flüchtlingsland 90 Prozent aller Flüchtlinge leben im Ruhrgebiet	36
6 - 7	Kein Zurückweichen vor der Kulturreaktion Dem Fortschritt eine Bresche ! Von Rudi Schmitt, MdL.-Wiesbaden	98

* * * * *

Innerdeutscher Streit um die Gipfelkonferenz

FB. Nachdem die CDU/CSU in der Sache auf zussenpolitischem Gebiet wenig zu bestellen hat, führt sie in der jüngsten Zeit dafür umso mehr Scheingefechte. Zunächst musste das sogenannte Gutachten dafür herhalten, jetzt wird der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Erler attackiert, weil er sich in Berlin dafür eingesetzt hat, dass eine Gipfelkonferenz auch dann stattfinden sollte, wenn die deutsche Frage nicht ausdrücklich als einer der Punkte auf der Tagesordnung erscheint.

So ist man in der Bundesrepublik mitten in einem Tagesordnungsstreit auf den wir - das wird selbst die CDU/CSU zugeben müssen - nicht den entscheidenden Einfluss haben.

Ohne Frage ist es richtig, dass die Teilnehmer der Gipfelkonferenz, wenn sie zusammentreten sollten, wissen müssen, worüber gesprochen werden soll. Welchen Sinn aber hätte es, diese Konferenz dadurch zu gefährden, dass einer der Teilnehmer durch die "Konferenzhintermänner" in eine Position gedrängt wird, in der das Stattfinden der Konferenz an sich gefährdet wird, wenn nicht ein gewisser Punkt auch formell auf der Tagesordnung steht. Eine solche Haltung kann uns nur in eine schlechte Position bringen und, da von vornherein feststeht, dass eine Gipfelkonferenz, wenn sie stattfindet, sich vorwiegend mit Abrüstungsfragen beschäftigen wird, stehen wir vielleicht dann in der Welt noch als die Störenfriede da, die das Abrüstungsgespräch verhindert haben.

Wenn man sich die Vorschläge von West und Ost für die Tagesordnung einer solchen Konferenz ansieht, so erscheint dieser Streit noch mühsiger. Besonders dann, wenn man den sowjetischen Vorschlag näher untersucht. Wenn es auf dieser Konferenz zu Debatten über atomwaffenfreie Zonen, Truppenreduzierung usw. kommt, dann ist doch automatisch auch die Deutschlandfrage im Gespräch. Wozu also das Scheingefecht um den formellen Tagesordnungspunkt, mit dem man vielleicht die Konferenz selbst und damit auch die zwangsläufig anzusprechende Deutschlandfrage in Gefahr bringt?

Im Übrigen will die CDU, dass die Deutschlandfrage als Tagesordnungspunkt erscheint, aber sie hat der aufhorchenden Umwelt bisher nicht verraten, wie über die Deutschlandfrage verhandelt werden soll. Mit welchem Konzept will sie die Westmächte in die Erörterung dieses Problems hineinschicken? Etwa nur mit der bekannten alten Formulierung der militärischen Entscheidungsfreiheit eines wiedervereinigten

Deutschlands? Jedermann weiss doch, dass mit diesem Rezept noch nicht einmal "kleine Brötchen" gebacken werden können, weil die Sowjets diese Vorstellung von vornherein ablehnen. Will man also demonstrieren, dass auf dieser Basis keine Einigung zu erzielen ist? Das ist schon so oft geschehen, dass selbst die CDU/CSU davor ein Grauen empfinden sollte.

Im übrigen hat die Bundesregierung selbst den Standpunkt vertreten, dass mit einer ersten Phase der Abrüstung nicht zwangsläufig die Lösung politischer Probleme verquickt zu werden braucht. Glaubt man denn in diesen Kreisen, dass eine mögliche Gipfelkonferenz über eine erste Phase hinausgeht?

Wie man das Problem auch dreht und wendet, die CDU/CSU führt bewusst ein Scheingefecht, um innenpolitisches verlorenes Kapital wiederzugewinnen. Es fehlt dabei nicht an Infamien, denn der Deutschland-Union-Dienst versteift sich sogar gestern zu dem Satz, dass die SPD auf einen wirksamen Schutz von 52 Millionen deutscher Menschen verzichten will. Das ist eine bewusste Unwahrheit, denn was die Sozialdemokratie bestreitet, ist, dass die gegenwärtige Militärpolitik diesen Menschen Schutz gibt. Eine These, die zudem der Bundesverteidigungsminister in der nächtlichen aussenpolitischen Debatte bestätigt hat.

+ + +

Eisenhower und der Rapacki-Plan

ler. - Der amerikanische Präsident Eisenhower ist von der Nutzlosigkeit des Rapacki-Planes, der die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa anstrebt, nicht so fest überzeugt, wie der deutsche Bundeskanzler. Auf seiner letzten Pressekonferenz hat Eisenhower diesen Gedanken des polnischen Aussenministers nicht ohneweiteres in Bausch und Bogen verworfen, sondern seine Verwirklichung davon abhängig gemacht, dass alle von diesem Plan betroffenen Staaten ihm ihre Zustimmung geben. Amerika habe nicht die Absicht, meinte Eisenhower, seinen Willen irgendeinem seiner Verbündeten aufzuzwingen.

Diese Bemerkung des amerikanischen Präsidenten lässt aufhorchen. Sie ist wohl nur erklärbar vor dem Hintergrund der mächtigen demokratischen Opposition, die in beiden Häusern, im Senat und in Repräsentantenhaus, die Mehrheit besitzt und auf deren guten Willen auch Eisenhower angewiesen ist. Gerade aus den Reihen der demokratischen Opposition waren in den letzten Tagen heftige Vorwürfe gegen die Deutschland-

und Europa-Politik Washingtons erhoben worden. Erinnerung sei an die Kritik des Vorsitzenden der Sonderkommission für Abrüstungsfragen, Senator Humphrey, der Dulles, ohne ihn ausdrücklich zu erwähnen, beschuldigte, er sei zu wenig flexibel, und darauf drang, die militärischen und politischen Berater der NATO sollen verschiedene Pläne und Alternativen ausarbeiten, die als Grundlage zu Verhandlungen mit der Sowjetunion dienen könnten.

Die Idee einer atomwaffenfreien oder militärisch verdünnten Zone in Mitteleuropa mag wohl bei den Washingtoner Regierungskreisen nicht auf Sympathie stossen, aber für viele amerikanische Demokraten hat sie gar nichts Erschreckendes, ja, sie betrachten sie als eine notwendige Vorstufe für grössere und umfassendere Abrüstungsabkommen. Ihre Gedanken und ihr auf die Zukunft gerichteter Blick berühren sich mit den Überlegungen skandinavischer Staatsmänner, wie etwa des norwegischen und des dänischen Ministerpräsidenten. Seit die Sowjetunion in den kürzlichen Besprechungen mit dem polnischen Aussenminister Rapacki sich noch bereit erklärt hat, in der atomwaffenfreien Zone Kontrollmassnahmen zuzulassen und Truppenreduzierungen vorzunehmen, hat dieser Plan, der in Sulganins Brief an Eisenhower die vierte Stelle einnimmt, nach mehr an Gewicht und Bedeutung gewonnen. - Das Kontrollsystem könnte zu einem Muster für eine Inspektion werden, das die meisten Grossmächte offenbar für erforderlich halten, wenn eine weitere Abrüstung durchgeführt werden soll.

Sicherlich schwebte Eisenhower etwas Ähnliches vor, als er den Rapacki-Plan zwar nicht begeistert bejahte, ihn aber auch nicht ohne weiteres verwarf. Das Bemühen, auf diesem Teilgebiet einer möglichen Entspannung nicht die amerikanische Mitarbeit zu versagen, dürfte der Sowjetunion einen ihrer stärksten Propagandaschläger berauben.

Offensichtlich liegt die endgültige Entscheidung über Annahme oder Nichtverwirklichung des Rapacki-Planes bei Bonn. Ihm ist nun der Schwarze Peter zugeschoben worden, denn Eisenhower verfügt dann gegenüber den Demokraten über eine starke Position, wenn er sagen kann, einer seiner wichtigsten europäischen Verbündeten wolle von der Idee einer atomwaffenfreien Zone im Herzen Europas nichts wissen. Will Bonn bewusst eine solche Situation herbeiführen?

Die arabische Welt steht auf!

Von unserem Balkankorrespondenten

Der Nahe Osten war in den letzten Wochen in verschiedener Hinsicht Schauplatz von Ereignissen von überragender politischer Bedeutung. Während in Ankara die Konferenz der Bagdadpaktstaaten mit einem kläglichen Misserfolg endete, wurde in Kairo der erste Schritt in Richtung der Einigung und Unabhängigkeit der arabischen Welt gemacht: Ägypten und Syrien schlossen sich zu einem neuen Staat zusammen, zur "Vereinigten arabischen Republik". Der neue Staat wird in Zukunft einen einzigen Präsidenten haben - den 40-jährigen Oberst Nasser -, eine gemeinsame Regierung, ein Parlament und eine Armee. Es sind Anzeichen dafür da, dass der Yemen bald der Dritte im Bunde sein wird. Der Libanon und Jordanien werden wahrscheinlich diesem Beispiel folgen. Diese Entwicklung lässt eine folgenschwere Wandlung in dem ohnehin schon neuralgischen Raum des Mittleren Ostens erahnen, deren Tragweite allerdings noch verschleiert ist. Auf jeden Fall wird sie dem Westen grosse Schwierigkeiten bereiten.

Die westliche Diplomatie hat den nicht wieder gutzumachenden historischen Fehler gemacht, dass sie der Türkei die Führerrolle im Mittleren Osten übergeben hat. Die Türkei bildet nämlich für alle Araber ein rotes Tuch, denn bis Anfang des 20. Jahrhunderts sauzten die arabischen Völker unter dem türkischen Joch und bis heute haben sie verständlicherweise die ererbten Ressentiments noch nicht überwunden. Die Bildung des neuen Staates bedeutet darum die Wiederherstellung des natürlichen Gleichgewichts, das durch die künstlich hochgezüchtete Rolle der Türkei bisher gestört war. Bekanntlich hat London 1955 aus nicht ganz uneigennütigen Gründen den Bagdadpakt ins Leben gerufen. Dieser Pakt hat die arabische Welt in zwei Hälften gespalten. Da die mehr nationalistisch orientierten Länder wie Ägypten, Syrien, Libanon, Saudiarabien, Yemen usw. sich dem Pakt nicht anschlossen, fühlten sie sich wegen des potenzierten britischen Einflusses auf der anderen Seite - Grossbritannien hatte sich mit Persien, Pakistan, Irak und der Türkei vereinigt - schutzbedürftig. Die Sowjetunion, die ihre Taktik nach dem 20. Kongress der KPdSU geändert hatte, erklärte sich bereit, ohne irgendwelche politischen Bedingungen diese Länder durch wirtschaftliche Hilfe und Waffenlieferungen zu unterstützen.

Bis 1955 war der Einfluss Moskaus im Mittleren Osten nicht nennenswert. Ohne es zu wollen leistete der Westen durch die Art und Weise,

wie er im Mittleren Osten auftrat, etappenweise den sowjetischen Ambitionen Schrittmacherdienste. London stiess durch den Bagdadpakt und den Cypernkonflikt, Paris durch die Algerienfrage und beide gemeinsam durch ihre "Verdienste" in der Suezkrise der Sowjetunion die Tore zu den heissbegehrten Ölfeldern auf. Dem Krieml dagegen gelang es, das bisher mangelnde Prestige durch das Auftreten als angeblich "antikolonialistische" Macht wettzumachen. Hinzu kommt nun neuerdings, dass sich die persönliche Reise des amerikanischen Aussenministers zur Bagdadpakt-Konferenz nach Ankara als ein psychologischer Fehler erwies, der Öl ins Feuer goss. Die jetzt erfolgte Vereinigung Ägyptens und Syriens ist die Reaktion der arabischen Welt auf diese Konferenz. Es gibt keinen Zweifel, dass die UdSSR durch diesen Zusammenschluss einen grossen diplomatischen Erfolg errungen hat. Dies umsomehr, da der jetzige Zusammenschluss Ägyptens und Syriens wohl erst ein Anfang ist. Wenn es dem arabischen Nationalismus gelingen wird, seine Pläne zu verwirklichen, den Zusammenschluss aller arabischen Völker zu einem Staat, dann hat Koskau im Mittleren Osten das Rennen gemacht.

Nach den letzten Ereignissen befindet sich das Statedepartment vor der Notwendigkeit, einen Kurswechsel in seiner Politik im Nah- und Mittleren Osten vorzunehmen. Das Komplott in der türkischen Armee, das zum Rücktritt des Verteidigungsministers und zur Verhaftung von neun führenden Offizieren führte, beweist, dass der "feste, stabile, zuverlässige und konsequente" Verbündete des Westens offensichtlich doch nicht die erhoffte Schulterbreite hat, um die ihm zugedachte Herkulesrolle zu übernehmen, abgesehen von der heftigen Antipathie, die jedes arabische Herz gegenüber der Türkei hegt.

* * *

Radio Stuttgart:

Chruschtschow-Interview hat Wirkung nicht verfehlt

"Aus dem Interview Chruschtschows mit der Times ergeben sich vier Feststellungen, die ihre Wirkungen im besegeblenen Kreise Londons nicht verfehlt haben. Die Sowjetführer wollen ernstlich eine langfristige Entspannung, sie sind bereit, den Rapacki-Plan eventuell zu erweitern zu einer allgemeinen militärischen Verdrängung und Abzug fremder Truppen, sie sind bereit zu internationalen Kontrolleinrichtungen auch auf ihren Gebiet. Eine Einigung über den Nahen Osten könnte erreicht werden auf der Basis der Einstellung jeglicher Waffenlieferungen und des Nichteinmischens in die inneren Angelegenheiten dieser Länder. Das Wort: deutsche Wiedervereinigung habe ich in dem Times-Bericht vorgeblich gesucht." - 5 -

Nordrhein-Westfalen - grösstes Flüchtlingsland

In Nordrhein-Westfalen leben zur Zeit rund 3,12 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene. Das sind etwa 30% der Gesamtbevölkerung. Damit ist Nordrhein-Westfalen das grösste Vertriebenenland der Bundesrepublik. Die Unterbringungs- und Eingliederungsschwierigkeiten werden noch dadurch erhöht, dass 90% aller Flüchtlinge und Zuwanderer in das Ruhrrevier geströmt sind. 70% aller Flüchtlinge und Zuwanderer leben darüber hinaus in den kreisfreien Städten.

Von 1950 bis Anfang vergangenen Jahres erhöhte sich die Zahl der Vertriebenen und Zuwanderer aus der SBZ in Nordrhein-Westfalen um rund 852 000 Personen. Das entspricht einer Zunahme um 64 Prozent. Dabei hatte den höchsten Zugang mit Abstand die Landeshauptstadt mit 74 000 Personen zu verzeichnen. In Duisburg und Essen waren es je rund 37 000 Personen. Auch die Landkreise sind teilweise stark belastet worden. Der Kreis Düsseldorf-Mettmann nahm in diesem Zeitraum etwa 23 000 und der Kreis Moers rund 21 200 Flüchtlinge und Zuwanderer auf.

Ein Vergleich zwischen den einzelnen Bundesländern zeigt die Schwierigkeiten für Nordrhein-Westfalen besonders deutlich. 1950 belief sich der Anteil an Flüchtlingen und Vertriebenen hier erst auf 15 Prozent, in Schleswig-Holstein dagegen auf 33 Prozent, in Niedersachsen auf 27 Prozent und in Bayern auf 21 Prozent. Bis Anfang vergangenen Jahres aber sank ihre Zahl zum Beispiel in Schleswig-Holstein um fast 200 000 Personen, während sie in Nordrhein-Westfalen, wie bereits angeführt, um 852 000 Personen anstieg.

Für das Jahr 1958 ist deshalb zwischen Bund und Ländern eine Senkung der Aufnahmequote für Nordrhein-Westfalen von bisher 43,5 auf 32,7 Prozent vereinbart worden. Der Arbeits- und Sozialminister hat sich für diese Senkung vor allem deshalb mit so grossem Nachdruck eingesetzt, weil die Aufnahmefähigkeit des Landes, vor allem der Gemeinden und Kreise, nahezu erschöpft ist, die Lager überfüllt sind und als letzter Ausweg bereits erwogen werden muss, wieder neue Barackenlager zu errichten. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Emil Gross betonte zu diesem Problem im Landtag bei den Statberatungen, dass Nordrhein-Westfalen zwar bereit sei, nach besten Kräften zur Aufnahme, Unterbringung und Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen beizutragen. Es sei aber nicht zu verantworten, sie unter der sicheren Voraussetzung in das Land zu schleusen, dass sie dort noch einmal jahrelang in Naturunterkünften hausen müssen.

Von Rudi Schmitt, MdL. - Wiesbaden

Als Mitte Dezember 1957 die Abgeordneten des Hessischen Landtags mit ihrem Handzeichen dem neuen Hessischen Besoldungsgesetz zustimmten, wurde damit in Hessen unter sozialdemokratischer Führung ein weiterer Eckstein zu einer fortschrittlichen Kulturpolitik gelegt. Hessen hat nun neben Hamburg die beste Lehrerbesehung in der Bundesrepublik. Mit diesem Schritt unterstreicht die SPD in Hessen die gesellschaftspolitische Bedeutung des Lehrerstandes im Zeitalter der Industriellen Revolution und erfüllt so Zug um Zug die von der SPD in München und Düsseldorf aufgestellten kulturpolitischen Forderungen.

Die besten Lehrer für unsere Kinder, das ist die Forderung des Tages. In den Händen unserer Lehrer liegen die Verwirklichung und Ausgestaltung der neuen Bildungspläne. Diese neuen Bildungspläne, in langer sorgfältiger Arbeit von Schulmännern entworfen, sind der erste mutige Versuch in der Bundesrepublik, die Bildungsinhalte neu zu ordnen und Inhalt und Methode des Unterrichts auf die Verhältnisse der industrialisierten Welt auszurichten. Sie geben dem Lehrer weitgehende Freiheit und stellen demgemäß sehr hohe Anforderungen an sein pädagogisches Können. Damit kommt der Bildung des zukünftigen Lehrers eine entscheidende Bedeutung für unser Schulwesen zu. Die herkömmlichen überlieferten Formen der Lehrerbildung können den besten Erzieher für unsere Kinder, für die Schule der 80 Prozent, nicht heranzubilden. Unsere Zeit fordert nun einen anderen Lehrertyp als das 19. Jahrhundert. Der Entwurf eines "Gesetzes über das Lehramt an öffentlichen Schulen", der zur Zeit dem Landtag vorliegt, weist neue Wege in der Lehrerbildung. Eine Hochschule für Erziehung soll dem Lehrer eine wissenschaftliche, in geistigen Zusammenhang mit seinem Beruf stehende Bildung in geistiger Freiheit vermitteln. Nicht Schulung, sondern Bildung der Persönlichkeit, Begegnung mit der pädagogischen Forschung bestimmen den Charakter der neuen Lehrerbildung.

Die Macht des Gestern

Wer immer neue Wege beschreitet, wer die Zeit begreift, wer an die Zukunft denkt, wird in Deutschland mit der geschlossenen Phalanx derer zu rechnen haben, denen das Gestern zum Idol geworden ist. Wie die Bildungspläne, so stiess auch das Gesetz über das Lehramt an öffentlichen Schulen auf den Widerstand der restaurativen Kräfte, die zwar aus verschiedenen Motiven, aber einig in der Ablehnung die Regierungsvorlage in Wort und Schrift bekämpfen. Schlagwörter wie Mammothochschule, sozialistische Ein-Mammothochschule werden an Stelle fehlender sachlicher Argumente ins Feld geführt.

Bisher scheiterten alle echten Reformversuche in der Lehrerbildung. Kein Wunder, dass man sich die grösste Mühe gibt, auch den hessischen Versuch zu Fall zu bringen. Ist nämlich der Durchbruch in einem Lande gelungen, so haben es die fortschrittlichen Kräfte in unserer Gesellschaft leichter, die einmal geschlagene Bresche auszuweiten. Bisher gelang es den Zwiggestrigen, ihren Unterschied zwischen dem Lehrer des Volkes und den anderen Lehrern zu bewahren. Nicht die Aufgabe und Leistung war entscheidend, sondern die Distanz in der Ausbildung der Lehrer, die zugleich auch den Unterschied der einzelnen Schularten betonte. Gerade diese Überlegungen spielen in verschiedenen Kreisen in Hessen eine Rolle bei der Ablehnung des neuen Gesetzes.

Die Stellung der Parteien

Wie stehen nun die politischen Parteien zu der Vorlage?

Die CDU muss im Grunde den Forderungen der Katholischen Kirche nach der Bekenntnisschule und das heisst, nach der bekenntnismässigen Lehrerbildung Rechnung tragen. Die Propagierung "überschaubarer Institute" liegt

wanz auf dieser Linie, denn "Überschaubar" heißt doch letzten Endes einseitig konfessionell bestimmt. Den Beteuerungen des CDU-Landesvorsitzenden, die CDU würde die Hessische Verfassung respektieren, kommt in dieser Frage nur wahltaktische Bedeutung zu. Muss sich ein Politiker einer Partei, die mitverantwortlich an einer Verfassung gearbeitet hat, nach zehnjährigen Jahren noch besonders zu dieser Verfassung bekennen? Sagt man Selbstverständlichkeiten, wenn man damit nicht andere Absichten verbergen will?

Die FDP fordert die Verlegung der Lehrerbildung an die Universitäten. Beim ersten Blick scheint es, als hätte sich die FDP eine alte sozialdemokratische Forderung zu eigen gemacht. Das wäre erfreulich, wenn die FDP nicht wüsste, dass die ablehnende oder sehr stark zurückhaltende Haltung der Universitäten die Landesregierung zur Konzeption einer Hochschule für Erziehung geführt hätte. Wie soll denn der Beitrag der Universitäten aussehen, wenn man die Lehrerbildung von vornherein als ein Übel ansieht, das letztlich ein Fremdkörper an der Universität bleibt? Der Wissenschaftscharakter der Erziehungswissenschaften wird von Universitätsvertretern immer noch bestritten.

Klare Fronten

Wer der Schulpädagogik, der Wissenschaft von der Schule, den Zugang zur Universität versperrt, bringt einen nur schwer zu heilenden Bruch in die Bildung unserer Lehrer. Dass sich die Universitäten erst nach Bekanntwerden des SPD-Antrages, der Hochschule für Erziehung das Promotions- und Habilitationsrecht zu übertragen, protestierend an die Öffentlichkeit wandten, lässt doch den Schluss zu, dass nicht die Sorge um die Lehrerbildung bei den Protesten Pate stand, sondern die Befürchtung, akademische Rechte mit einem Neuling teilen zu müssen.

Katholische Kreise, wie zum Beispiel die "Katholische Aktion", lehnen das Gesetz ab. Ihre Haltung ist verständlich. Nur die Bekenntnisschule und die unter kirchlicher Aufsicht stehende Lehrerbildung entsprechen dem katholischen Schulideal. Solange es eine katholische Kirche gibt, wird sie um ihr Schulideal kämpfen. Wir nehmen diese Glaubenssätze in Toleranz zur Kenntnis; auf sie einzugehen wäre mit den freiheitlichen Grundsätzen unserer Partei nicht vereinbar.

Die Fronten sind klar. Hier der Fortschritt in geistiger Freiheit, vertreten durch die sozialdemokratische Partei, dort diejenigen, die aus engen standespolitischen und parteitaktischen Erwägungen in einem ständigen Nein zur neuen Lehrerbildung die Weisheit ihrer Politik sehen. Die besten Lehrer für unsere Kinder! Wer kann sich dieser Forderung entgegenstellen? Wer darf hier nein sagen?

Im Vertrauen auf die Zustimmung weiterer Kreise unseres Volkes wird die SPD getreu ihrer Tradition den Kampf um eine bessere Bildung für die breiten Schichten unseres Volkes entschlossen und zielbewusst fortsetzen. Das Gesetz über das Lehramt an öffentlichen Schulen wird ein Prüfstein unseres Willens sein.

+ + +

Verantwortlich: I. V. Albert Exler